



Institut für Europäisches Medienrecht  
Institute of European Media Law  
Institut du droit européen des médias

**Europäisches Medienrecht –  
der NEWSLETTER**

*Institut für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR), Saarbrücken/Brüssel*

**Ausgabe 1/2017  
13. Jahrgang**

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

mit der vorliegenden ersten Ausgabe des Newsletters im Jahr 2017 wollen wir Ihnen, den Mitgliedern, Förderern und Partnern des EMR einen kurzen Überblick über relevante Entwicklungen des Medienrechts in Europa zur Verfügung stellen.

Auf folgende Inhalte der aktuellen Ausgabe möchten wir Sie besonders aufmerksam machen:

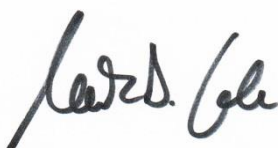
- **Haftung** des **Betreibers** eines **offenen WLAN-Netzes** für durch **Dritte** begangene **Urheberrechtsverletzungen**;
- **Keine Verletzung** der **Meinungsfreiheit** durch **Verurteilung wegen Äußerungen** zur **Nazizeit**;
- **Website-Betreiber** dürfen **dynamische IP-Adressen** zur **Abwehr von Cyberattacken** speichern;
- „**Tagesschau-App**“ laut OLG Köln **unzulässig**;
- Massenhafte **Datensammelpraktiken** von **Geheimdiensten** nach **Bekanntgabe legal** – aber auch **verhältnismäßig?**;
- **Changes** in the **Digital Millenium Act**.

Wir wünschen Ihnen viele erkenntnisreichen Momente bei der Lektüre dieser Ausgabe. Für weitere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung.

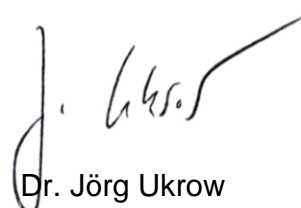
Das Direktorium des EMR



Prof. Dr. Stephan Ory  
(Direktor)



Prof. Dr. Mark D. Cole  
(Wissenschaftlicher Direktor)



Dr. Jörg Ukrow  
(Geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied)

**Inhalt:**

<b>UN: RESOLUTION ON THE SAFETY OF JOURNALISTS .....</b>	<b>4</b>
<b>COE: KEINE VERLETZUNG DER MEINUNGSFREIHEIT DURCH VERURTEILUNG WEGEN ÄUßERUNGEN ZUR NAZIZEIT .....</b>	<b>5</b>
<b>COE: RELEVANT, ABER NICHT AUSREICHEND: ÖSTERREICH VERLETZT DIE PRESSEFREIHEIT .....</b>	<b>6</b>
<b>EU: HAFTUNG DES BETREIBERS EINES OFFENEN WLAN-NETZES FÜR DURCH DRITTE BEGANGENE URHEBERRECHTSVERLETZUNGEN .....</b>	<b>7</b>
<b>EU: WEBSITE-BETREIBER DÜRFEN DYNAMISCHE IP-ADRESSEN ZUR ABWEHR VON CYBERATTACKEN SPEICHERN .....</b>	<b>9</b>
<b>EU: SCHLUSSANTRÄGE ZUR FRAGE DER ÖFFENTLICHEN WIEDERGABE IN HOTELZIMMERN .....</b>	<b>10</b>
<b>BA: STILL WITHOUT DIGITAL TV - RELEASE OF THE DIGITAL TEST SIGNAL POSTPONED..</b>	<b>11</b>
<b>BG: REVOCATION OF THE LICENSE OF 'TV SEVEN' EAD .....</b>	<b>12</b>
<b>DE: EINIGUNG DURCH LIZENZVERTRAG ZWISCHEN GEMA UND YOUTUBE .....</b>	<b>13</b>
<b>DE: LICHTBILDSCHUTZ STELLT KEINE UNZULÄSSIGE VERLÄNGERUNG DES URHEBERRECHTLICHEN SCHUTZES GEMEINFREIER WERKE DAR .....</b>	<b>14</b>
<b>DE: „TAGESSCHAU-APP“ LAUT OLG KÖLN UNZULÄSSIG.....</b>	<b>16</b>
<b>DE: KEINE BEFREIUNG VON DER RUNDFUNKPFLICHT AUS RELIGIÖSEN GRÜNDEN .....</b>	<b>17</b>
<b>FR: GESETZ ZUR DIGITAL-REPUBLIK TRITT IN KRAFT .....</b>	<b>18</b>
<b>HR: RECOMMENDATIONS FOR THE PROTECTION OF CHILDREN AND THE SAFE USE OF ELECTRONIC MEDIA .....</b>	<b>19</b>
<b>LV: ASSOCIATION CONDEMNS CRIMINAL PROCEEDINGS AGAINST A JOURNALIST.....</b>	<b>20</b>
<b>IE: BERICHT ZUR SCHÄDLICHEN KOMMUNIKATION UND DIGITALEN SICHERHEIT VORGELEGT.....</b>	<b>22</b>
<b>NL: SENAT VERBIETET ZERO RATING .....</b>	<b>23</b>
<b>RO: AUDIOVISUAL RULES FOR THE 2016 PARLIAMENTARY ELECTIONS .....</b>	<b>24</b>
<b>RO: MODIFICATION OF AUDIOVISUAL LAW UNDERWAY .....</b>	<b>26</b>
<b>RO: MODIFICATION OF THE CINEMATOGRAPHY LAW.....</b>	<b>28</b>
<b>RO: PRESIDENT CHALLENGES THE CUT OF THE RADIO- AND TV FEE .....</b>	<b>29</b>
<b>UK: MASSENHAFTE DATENSAMMELPRAKTIKEN VON GEHEIMDIENSTEN NACH BEKANNTGABE LEGAL – ABER AUCH VERHÄLTNISSMÄßIG? .....</b>	<b>30</b>
<b>US: CHANGES IN THE DIGITAL MILLENIUM ACT .....</b>	<b>32</b>

## **UN: Resolution on the safety of Journalists**

On 29 September 2016, the Human Rights Council of the United Nations has adopted unanimously a new 20-points Resolution on the safety of Journalists calling upon States not to interfere with the right to confidentiality of sources by interfering with encryption technology.

The Resolution condemns all attacks on Journalists and media workers, online and offline, especially sexual and gender based discrimination, violence, intimidation and harassment, and the prevailing impunity for such attacks. The Resolution urges States to do their utmost to prevent such attacks and to develop and implement strategies for combating their impunity, including the review and amendment of their legal frameworks where necessary.

It further calls upon States to create and maintain a safe and enabling environment for journalists to do their work independently and without undue interference. Special attention should be given to the safety of journalists during elections and demonstrations. States should release immediately and unconditionally all journalists and media workers who have been arbitrarily arrested or detained, or taken hostage.

The Resolution emphasizes the importance of the confidentiality of journalists' sources. In the digital age, encryption and anonymity tools have become vital for journalists to protect the confidentiality of their sources. Therefore, states should not interfere with the use of such technologies.

The Human Rights Council requests the High Commissioner to submit a report with an overview of available mechanisms concerned with ensuring the safety of journalists at its thirty-ninth session.

The Resolution on the safety of Journalists of the United Nations' Human Rights Council is available in English language at:

**[http://www.un.org/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=A/HRC/33/L.6](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/HRC/33/L.6)**

*Gianna Iacino*

## **CoE: Keine Verletzung der Meinungsfreiheit durch Verurteilung wegen Äußerungen zur Nazizeit**

Die Verurteilung eines französischen Politikers durch ein französisches Gericht im Februar 2008 wegen seiner Aussagen zum Nationalsozialismus in einem Interview war rechtmäßig. Eine dagegen gerichtete Beschwerde des Gründers des rechtsextremen „Front National“ hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) mit Beschluss vom 06.10.16 zurückgewiesen – Az.: 52672/13.

Im Januar 2005 hatte der Beschwerdeführer, damals noch Präsident der rechtsextremen Partei „Front National“, einer französischen Wochenzeitschrift ein Interview gegeben. Darin erklärte er: „Zumindest in Frankreich war die deutsche Besatzung nicht besonders unmenschlich, selbst wenn es Übergriffe gab, die in einem 550.000 Quadratkilometer großen Land unvermeidlich sind.“

Wegen seiner Äußerungen wurde er von der Strafkammer des „Tribunal de Grande Instance“ in Paris zu drei Monaten Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von 10.000 Euro verurteilt. Gegen diese Maßnahme richtete sich die Beschwerde des Politikers beim EGMR. Dabei berief er sich auf seine Meinungsfreiheit und machte einen Verstoß gegen Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) geltend, zudem sei die gegen ihn verhängte Strafe unverhältnismäßig gewesen.

Der Gerichtshof war anderer Auffassung: Die französischen Richter hätten den Politiker nicht in seiner Meinungsfreiheit verletzt. Auch sei die verhängte Strafe verhältnismäßig gewesen, zumal *die* Aussagen weit von einer konstruktiven Kritik entfernt gewesen seien. Die Aussage des Beschwerdeführers sei polemisch gewesen und dazu geeignet, die Nationalsozialisten als kriminelle Organisation zu rehabilitieren. Die Schwere und Tragweite der damaligen Verbrechen seien durch seine Aussage in erheblichen Maße relativiert worden. Die Aussagen seien daher nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Die Entscheidung ist in französischer Sprache abrufbar unter:

**[http://hudoc.echr.coe.int/eng#{%22respondent%22:\[%22FRA%22\],%22documentcollection%22:\[%22JUDGMENTS%22,%22DECISIONS%22\],%22itemid%22:\[%22001-167242%22\]}](http://hudoc.echr.coe.int/eng#{%22respondent%22:[%22FRA%22],%22documentcollection%22:[%22JUDGMENTS%22,%22DECISIONS%22],%22itemid%22:[%22001-167242%22]})**

*Ingo Beckendorf*

## **CoE: Relevant, aber nicht ausreichend: Österreich verletzt die Pressefreiheit**

Mit U. v. 25.10.2016 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) festgestellt, dass die durch den Medienfachsenat des Obersten Gerichtshof Österreichs (OGH) angegebenen Gründe für die Verurteilung eines Verlages wegen identifizierender Berichterstattung relevant, aber nicht ausreichend seien – Appl. No. 60818/10. Die Verurteilung des Verlages stellt somit eine Verletzung der Meinungsfreiheit gemäß Art. 10 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) dar.

Im Jahr 2006 veröffentlichte ein Magazin einen Beitrag zu den Spekulationsgeschäften der Hypo Alpe-Adria Bank und den damit einhergehenden hohen Verlusten der Bank. In dem Artikel wurde der Treasurer namentlich genannt und darauf hingewiesen, dass gegen ihn Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue eingeleitet wurden. Aufgrund der Berichterstattung erhob der namentlich genannte Treasurer Klage auf Schadenersatz gemäß § 7 a Abs. 1 Österreichisches Mediengesetz (ÖMG). Gemäß § 7a Abs. 1 ÖMG besteht ein Anspruch auf Entschädigung aufgrund der Veröffentlichung von identifizierenden Angaben einer Person, die einer strafbaren Handlung verdächtig ist und deren schutzwürdige Interessen durch die Berichterstattung verletzt werden, soweit es sich nicht um eine Person des öffentlichen Interesses handelt. Der OGH verurteilte den Verlag zur Zahlung einer Entschädigung i. H. v. 3.000 €. Das schutzwürdige Anonymitätsinteresse des Treasurers hätte im vorliegenden Fall den Informationswert der Nennung seines Namens überwogen. Es habe erst eine frühe Verdachtslage vorgelegen, da der Artikel bereits wenige Tage nach Anzeigenerstattung durch die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) veröffentlicht wurde und es sich hierbei nicht um eine Strafverfolgungsbehörde handele. Durch das Urteil sah sich der Verlag in Art. 10 EMRK verletzt und wandte sich an den EGMR.

Dieser gab seiner Beschwerde statt. Die Verurteilung des Verlages nach Art. 7a Abs. 1 ÖMG stelle eine Verletzung von Art. 10 EMRK dar. Die durch den OGH aufgerufenen Gründe seien für eine Verurteilung zwar relevant, aber nicht ausreichend. Der Eingriff in das durch Art. 10 EMRK geschützte Recht des Verlages sei zwar aufgrund eines Gesetzes und zur Verfolgung eines legitimen Zwecks erfolgt, jedoch sei der Eingriff in einer demokratischen Gesellschaft nicht unentbehrlich gewesen. Der Artikel habe einen Beitrag zu einer Debatte von öffentlichem Interesse dargestellt. Die FMA sei zwar keine Strafverfolgungsbehörde, aber sie sei die wesentliche Aufsichtsbehörde über den Banksektor. Die Anzeigenerstattung durch die FMA stelle einen Vorgang von öffentlichem Interesse dar. Die durch den OGH festgesetzte Entschädigung sei weder symbolisch noch vernachlässigbar. Der OGH habe deshalb den ihm gewährten engen Ermessensspielraum im Hinblick auf die Einschränkung von Debatten im öffentlichen Interesse überschritten. Somit liege eine Verletzung von Art. 10 EMRK vor.

Das Urteil des EGMR vom 25.10.2016 – Az.: 60818/10 ist in englischer Sprache abrufbar unter:

[http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-167799#{%22itemid%22:\[%22001-167799%22\]}](http://hudoc.echr.coe.int/eng?i=001-167799#{%22itemid%22:[%22001-167799%22]})

*Gianna Iacino, LL.M.*

## **EU: Haftung des Betreibers eines offenen WLAN-Netzes für durch Dritte begangene Urheberrechtsverletzungen**

Zur Frage, ob ein Gewerbetreibender, welcher der Öffentlichkeit ein lokales Funknetz mit Internetzugang (WLAN) zur Verfügung stellt, haftet, wenn es zu einem Rechtsmissbrauch durch Dritte gekommen ist, hat der EuGH mit U. v. 15.09.2016 im Vorabentscheidungsverfahren – Rs. C—484/14 – zur Auslegung von Art. 12 Abs. 1 der Richtlinie 2000/31/EG Stellung genommen.

Im Ausgangsverfahren ging es um die Haftung eines Gewerbetreibenden und WLAN-Inhabers, der im Rahmen seines Gewerbes, Licht- und Tontechnik für Veranstaltungen aller Art verkauft und vermietet. Im Bereich seines Geschäfts bot er unentgeltlich und anonym Zugang zum Internet. Über das WLAN-Netz wurde der Öffentlichkeit im Internet, ohne Zustimmung des Rechtsinhabers, ein musikalisches Werk unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Der Inhaber des WLANs gab an, die Rechtsverletzung nicht begangen zu haben. Es sei aber nicht auszuschließen, dass sie ein anderer Nutzer seines WLAN-Anschlusses begangen habe. Das vorliegende LG München tendierte dazu, dass eine Rechtsverletzung durch einen unbekanntem Nutzer seines WLAN-Netzes verletzt worden sein könnte. Eine mittelbare Haftung (Störerhaftung) sei nicht auszuschließen, weil das Netz nicht gesichert gewesen sei. Dadurch sei eine anonyme Begehung der Rechtsverletzung ermöglicht worden. Einer Haftung könne jedoch evtl. die Haftungsausnahme gemäß Art. 12 Abs. 1 der Richtlinie 2000/31, die durch § 8 Abs. 1 Satz 1 des Telemediengesetzes in das deutsche Recht umgesetzt worden sei, entgegenstehen. Daher hat das vorliegende Gericht das Verfahren ausgesetzt und dem EuGH mehrere Fragen zur Auslegung von Art. 12 Abs. 1 der Richtlinie 2000/31 vorgelegt.

Mit dem Artikel 12 Abs. 1 der Richtlinie 2000/31 wird die Haftung eines Diensteanbieters für die reine Übermittlung von einem Nutzer eingegebenen Informationen in einem Kommunikationsnetz oder Zugangsvermittlung zu einem Kommunikationsnetz beschränkt. Das gilt zumindest dann, wenn kumulativ drei Voraussetzungen erfüllt sind: 1. Der Anbieter von Diensten hat die Übermittlung nicht veranlasst. 2. Er hat den Adressaten der Übertragung nicht ausgewählt. 3. Er hat die übermittelten Informationen nicht ausgewählt oder verändert.

Das bedeutet: Wenn alle drei genannten Voraussetzungen erfüllt sind, kann keine Haftung eines Anbieters bestehen.

In seinem Urteil stellte der EuGH zunächst fest, dass eine Leistung, wie sie im Ausgangsverfahren von dem Betreiber eines Kommunikationsnetzes erbracht wird, einen „Dienst der Informationsgesellschaft“ im Sinne von Art. 12 Abs. 1 der Richtlinie 2000/31 darstellt. Der Dienst muss zudem, laut EuGH, darin bestehen, dass dieses Netz der Öffentlichkeit unentgeltlich zur Verfügung gestellt und diese Leistung von dem Anbieter zu Werbezwecken für von ihm verkaufte Güter oder angebotene Dienstleistungen erbracht wird. Der Dienst des Zugangs zu einem Kommunikationsnetz sei bereits dann als erbracht anzusehen, wenn dieser Zugang den Rahmen des technischen, automatischen und passiven Vorgangs, der die erforderliche Übermittlung von Informationen gewährleistet, nicht überschreitet. Zusätzliche Anforderungen müssten nicht erfüllt sein.

Gemäß der Ansicht des Gerichts entspricht es nicht der Richtlinie, dass der Urheberrechtsinhaber gegen einen Anbieter, der den Zugang zu einem Kommunikationsdienst vermittelt, wegen der Nutzung des Zugangs von Dritten für die Verletzung seiner Rechte Schadensersatz und Erstattung der für sein Schadensersatzbegehren aufgewendeten Abmahnkosten oder Gerichtskosten verlangen kann. Der Geschädigte könne aber die Unterlassung dieser Rechtsverletzung sowie die Zahlung der Abmahnkosten und Ge-

richtskosten von diesem Anbieter fordern. Diese Ansprüche müssten aber daraus abzielen oder daraus folgen, dass eine innerstaatliche Behörde oder ein innerstaatliches Gericht eine Anordnung erlässt. Mit der Anordnung soll dem Diensteanbieter untersagt werden, die Fortsetzung der Rechtsverletzung zu ermöglichen.

Unter Androhung von Ordnungsgeld kann einem Diensteanbieter, der Zugang zu einem Kommunikationsnetz vermittelt, auferlegt werden, zu verhindern, dass Dritte der Öffentlichkeit über diesen Internetanschlusses ein bestimmtes urheberrechtlich geschütztes Werk oder Teile davon über eine Internettauschbörse („peer-to-peer“) anbieten. Das gilt auch dann, wenn der Diensteanbieter die Wahl hat, welche technischen Maßnahmen er ergreift, um dieser Anordnung zu entsprechen und sich diese Wahl allein auf die Maßnahme reduziert, den Internetanschluss durch ein Passwort zu sichern, welches die Nutzer dieses Netzes erst erhalten, wenn sie ihre Identität offenbaren und daher nicht anonym handeln können. Das wäre durch das vorliegende Gericht zu überprüfen.

Das vorliegende Gericht ging davon aus, dass den Betroffenen einer solchen Anordnung nur drei Maßnahmen zur Verfügung stünden (1. Überprüfung aller über einen Internetanschluss übermittelten Informationen, 2. Abschaltung des Anschlusses, 3. Sicherung mit einem Passwort). Daher prüfte der Gerichtshof auch nur diese drei Maßnahmen auf Vereinbarkeit mit dem Unionsrecht. Der EuGH hat nur die dritte Maßnahme, die Sicherung des Internetanschlusses durch ein Passwort, als erforderlich angesehen, das Grundrecht auf Schutz des geistigen Eigentums wirksam zu schützen.

Das Urteil des EuGH vom 15.09.2016 – Rs. C—484/14 – ist in deutscher Sprache abrufbar unter:

**<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=183363&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1>**

*Martina Viviane Tetz, LL.M.*



## **EU: Website-Betreiber dürfen dynamische IP-Adressen zur Abwehr von Cyberattacken speichern**

Die dynamische IP-Adresse des Nutzers einer Website stellt für deren Betreiber dann ein personenbezogenes Datum dar, wenn dieser über rechtliche Mittel verfügt, die Identität des Nutzers unter Verwendung von Zusatzinformationen, die bei dessen Internetzugangsanbieter verfügbar sind, zu ermitteln. Die Speicherung der dynamischen IP-Adresse kann aber zulässig sein, wenn der Website-Betreiber ein berechtigtes Interesse daran hat, um sich damit gegen Cyberattacken zur Wehr setzen zu können. Diese Entscheidung traf der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) mit U. v. 19.10.2016 in einem vom Bundesgerichtshof (BGH) eingeleiteten Vorabentscheidungsverfahren (vgl. zum Verfahren vor den nationalen Gerichten und den Vorlagefragen des BGH MMR-Aktuell 2014, 363599). Der EuGH folgte damit der Argumentation des Generalanwaltes beim EuGH, der in seinen Schlussanträgen v. 12.5.2016 in beiden Punkten im Wesentlichen zum selben Ergebnis gekommen war (vgl. MMR-Aktuell 2016, 379066).

Im Ausgangsverfahren war es um die Frage gegangen, ob der Kläger von der Beklagten, der Bundesrepublik Deutschland, verlangen kann, die Speicherung dynamischer IP-Adressen von Nutzern ihrer Websites über den Nutzungsvorgang hinaus zu unterlassen. Der Kläger stützte sich dabei auf § 15 Abs. 1 des Telemediengesetzes (TMG), der nach bisheriger Auslegung eine Erhebung und Verwendung von personenbezogenen Daten eines Nutzers durch Telemedienanbieter – zu denen die Beklagte als Websitebetreiberin gehört – nur dann gestattet, wenn dies erforderlich ist, um die Inanspruchnahme der Telemedien zu ermöglichen oder abzurechnen. Bei den Websites des Bundes wurden die IP-Adressen von Nutzern jedoch auch gespeichert, um sich gegen Cyberattacken verteidigen zu können und insbesondere die Strafverfolgung bei solchen Handlungen zu ermöglichen.

Der EuGH entschied nun zum einen, dass dynamische IP-Adressen für den Telemedienanbieter grundsätzlich personenbezogene Daten i. S. des Art. 2 lit.a der DatenschutzRL (95/46/EG) sein können, wenn dieser mit Hilfe von Informationen des Internetzugangsanbieters des Nutzers dessen Identität feststellen kann. Der EuGH ist der Ansicht, dass dies in Deutschland zum Zwecke der Strafverfolgung, insbesondere im Fall von Cyberattacken, möglich ist. Die Frage sei aber vom BGH als dem vorlegenden Gericht zu prüfen. Zum anderen kann die generelle Funktionsfähigkeit des Telemediums ein nach Art. 7 lit. f der Datenschutzrichtlinie 95/46/EG berechtigtes Interesse des Betreibers darstellen, das eine Verarbeitung von IP-Adressen erlaubt, so der EuGH. Dies bedeutet auch, dass die bisherige Auslegung von § 15 Abs. 1 TMG der RL 95/46/EG widerspricht, soweit die Norm andere als die darin genannten berechtigten Interessen – insbesondere die generelle Funktionsfähigkeit des Telemediums – als Rechtsgrundlage für eine Verarbeitung von IP-Adressen ausschließt.

Das U. des EuGH v. 19.10.2016 (Rs. C-582/14) ist abrufbar unter:  
**<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=C-582/14>**

*Rechtsanwalt Sebastian Schweda*

## **EU: Schlussanträge zur Frage der öffentlichen Wiedergabe in Hotelzimmern**

In seinen Schlussanträgen vom 25.10.2016 – Rs. C 641/15 – stellt der Generalanwalt des EuGH fest, dass Hotelzimmer keine Orte sind, die der Öffentlichkeit gegen Zahlung eines Eintrittsgelds im Sinne von Art. 8 Abs. 3 Vermiet- und Verleihrichtlinie (2006/115/EG) zugänglich sind.

Die im Ausgangsverfahren beklagte GmbH betreibt ein Hotel. Die Hotelzimmer sind mit Fernsehgeräten ausgestattet, die den Empfang von Sendungen verschiedener Sendeunternehmen ermöglichen. Die österreichische Verwertungsgesellschaft Rundfunk GmbH (VG Rundfunk) vertritt die Rechte zahlreicher Fernsehunternehmen, u. a. auch solcher Unternehmen, deren Programm auf den Fernsehgeräten in den Hotelzimmern der Beklagten empfangen werden können. Für die Bewilligung des Empfangs verlangt die VG Rundfunk von der Beklagten die Zahlung einer entsprechenden Vergütung gemäß Art. 8 Abs. 3 Vermiet- und Verleihrichtlinie. Hiernach steht Sendeunternehmen das ausschließliche Recht zu, die öffentliche Wiedergabe ihrer Sendungen zu erlauben oder zu verbieten, wenn die betreffende Wiedergabe an Orten stattfindet, die der Öffentlichkeit gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes zugänglich sind. Nach Ansicht der VG Rundfunk sind Hotelzimmer solche Orte. Die VG Rundfunk klagt deshalb auf Auskunft über die Anzahl der Hotelzimmer der Beklagten und der dort empfangbaren Fernsehkanäle sowie Schadenersatz für die bisherige Verbreitung.

Das von der VG Rundfunk angerufene Handelsgericht Wien hat das Verfahren ausgesetzt und dem EuGH im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens die Frage vorgelegt, ob Hotelzimmer Orte sind, die der Öffentlichkeit gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes zugänglich sind.

Generalanwalt Szpunar empfiehlt dem EuGH in seinen Schlussanträge diese Frage zu verneinen. Der Wortlaut des Art. 8 spreche zwar für eine solche Auslegung, jedoch stehe der Wille des Gesetzgebers einer solchen Wortlaut-Auslegung entgegen. Als Orte, die der Öffentlichkeit gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes zugänglich sind, seien nach dem Willen des Gesetzgebers solche Orte anzusehen, an denen das Eintrittsgeld gerade für die öffentliche Fernsehvorführung gezahlt wird. Mit dem Eintrittsgeld solle also nicht der tatsächliche Zutritt zu einem bestimmten Ort ermöglicht werden, sondern die Möglichkeit eine Sendung zu schauen. Im Falle von Hotelzimmern werde aber das Entgelt für die Beherbergung gezahlt. Die Verfügbarkeit des Fernsehsignals in Hotelzimmern stelle lediglich eine Ergänzung zur Hauptdienstleistung der Beherbergung dar. Das ausschließliche Recht der Sendeunternehmen nach Art. 8 Abs. 3 Vermiet- und Verleihrichtlinie umfasse also nicht die öffentliche Wiedergabe von Sendungen in Hotelzimmern.

Die Schlussanträge des Generalanwalts vom 25.10.2016 – Rs. C 641/15 – sind auf deutsch abrufbar unter:

**<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=184762&pageIdex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=336888>**

*Gianna Iacino, LL.M.*

## **BA: Still without digital TV - release of the digital test signal postponed**

Although, it was planned that the digital TV signal would start being delivered by the three public TV services in BA on 29 September 2016, the beginning of this process has been postponed. The public broadcaster Radio-Television of Republika Srpska (RTRS) has asked that the deadline be prolonged until mid-October. The reason for the request is unknown. Representatives of the three public broadcasters and the Ministry of Communication and Transport of BA stated that the reasons are technical and procedural and will soon be resolved. A Ministry statement says that “all technical and organizational preconditions for this event have been provided, but a memo arrived from RTRS suggesting that the date may be postponed until the middle of October”.

Bosnia and Herzegovina is the only country in Europe that does not have digital TV broadcasting. It even missed a deadline set for 15 June 2015 by the International Telecommunication Union (ITU) and the United Nations (UN) as the final date for the switch to digital broadcasting worldwide. Activities for the switch to digital broadcasting in BA started in 2009. The Communications Regulatory Agency (CRA) set up an expert forum composed of representatives of public services, media experts and broadcasting experts, as well as government representatives, who produced the “Strategy for Transition from Analogue to Digital Terrestrial Broadcasting”, adopted by the Council of Ministers (the national government) in 2010. The Strategy stipulated the creation of two multiplexes, one for public TV services and the other completely commercial. It even set a date for the switch to digital broadcasting, 31 December 2011, a year earlier than the date set by the European Union for its member states. However, due to numerous technical, procedural and political problems, the deadline has been missed by nearly five years. For example, just the implementation of a tender for the procurement of digital transmission equipment, due to complicated tender procedures and applicants’ complaints, lasted around a year and a half, while a dispute about equipment ownership among the three public services lasted more than a year, stalling everything. It is interesting that funds for digitalization were not a problem as they were provided by the Council of Ministers from revenues generated by CRA, which collects license fees from broadcasters as well as telecom operators.

Test broadcasting is supposed to cover only the three biggest cities in BA – Sarajevo, Banja Luka and Mostar, while coverage of the whole country and shutting down of the analog signal will take more than a year. However, clients of telecom and cable operators have HD signal for a large number of televisions.

Strategy for Transition from Analogue to Digital Terrestrial Broadcasting:  
[http://www.dtt.ba/Bilten/STRATEGIJA\\_DTT\\_BOSANSKI\\_Final.pdf](http://www.dtt.ba/Bilten/STRATEGIJA_DTT_BOSANSKI_Final.pdf)

*Radenko Udovičić, Director of the Media Plan Institute, Sarajevo.*

## **BG: Revocation of the license of 'TV Seven' EAD**

On 13 September 2016, the Council for Electronic Media (CEM) decided that the licenses of 'TV Seven' EAD for the provision of audio-visual media services 'TV7' and 'Super 7' shall be revoked. Sofia City Court had opened bankruptcy proceedings of 'TV Seven' EAD and announced the initial date of the bankruptcy by resolution no 522 on 17 March 2016. According to CEM, the Radio and Television Act (RTA) envisages that when a media service provider is in bankruptcy proceedings they do not meet the requirements of the law and this is a prerequisite for a license revocation.

CEM decided to admit a preliminary execution of its decision on the grounds of the defense of important state and public interests. The provider is not able to execute its assumed programme obligations related to the development of contents, where there must be broadcasts in the information, education, cultural and entertainment sphere, designated for the major part of society. Regardless of the must carry right of 'TV7', an enterprise which has received a permission for the use of an individually identified radio-frequency spectrum for a land digit radio broadcasting of national scope, the financial problems of 'TV Seven' EAD required suspension of its broadcasting in the beginning of December 2015. The 'SUPER 7' programme has never been broadcast in the network of the multiplex. The insolvency of the company, on the other hand, impedes them to pay the annual fees for supervision and this reflects on the receipts in the state budget.

The reason for the financial problems of the media lies within the fact that it was funded by Cooperative Commercial Bank which bankrupted in the summer of 2014. The television has many creditors like the Cooperative Commercial Bank, National Revenue Agency, organizations for collective management of copyright: 'MUSICAUTOR' and PROPHON, NURTS, producers which have created its contents.

In 2009, the television received its broadcast license thanks to unprincipled amendments in the Law on Electronic Communications (See: IRIS 2009-5:9/12). In 2010, it received its digital licenses (See: IRIS 2010-7:1/10).

Решение за отнемане на индивидуални лицензи, издадени на „ТВ Седем“ ЕАД за доставяне на аудио-визуални услуги с наименования „TV7“ и „Super 7“ (The Decision for revocation the licenses of 'TV Seven' EAD for provision of audio-visual media services 'TV7' and 'Super 7'):

**<http://www.cem.bg/actbg/5346>.**

*Rayna Nikolova, New Bulgarian University*

## **DE: Einigung durch Lizenzvertrag zwischen GEMA und YouTube**

Medienberichten zufolge haben sich die deutsche Verwertungsgesellschaft für Musikrechte *GEMA* und das Unternehmen *Google* nach jahrelangen rechtlichen Auseinandersetzungen und Verhandlungen am 1.11.2016 auf einen Vertrag zur Vergütung von Musikinhalten auf dem zu Google gehörenden Videoportal *YouTube* geeinigt.

Die GEMA vertritt ca. 70.000 Musikurheber und Verleger. Gegenüber ihren Mitgliedern hat sie einen treuhänderischen Verwertungsauftrag. Für ihre Mitglieder verhandelt sie für die verschiedenen Nutzungsarten von Musik Tarife, kümmert sich um die Vergabe von Lizenzen, prüft die analoge und digitale Nutzung der Werke und besorgt die Lizenzeinnahmen.

Das im Jahre 2005 gegründete Videoportal YouTube ist seit 2006 eine Tochtergesellschaft von Google Inc. YouTube stellt seinen Nutzern kostenlos Videoclips zum Ansehen, Bewerten und Kommentieren bereit und ermöglicht ihnen auch selbst Videos hochzuladen.

Der nun geschlossene Lizenzvertrag beinhaltet, dass die Mitglieder der *GEMA* eine Vergütung für die Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken auf der Onlineplattform erhalten. Die Vereinbarung soll nicht nur für die Zukunft, sondern auch für die Vergangenheit bis zum Jahre 2009 gelten. In diesem Jahr endete die letzte Vereinbarung zwischen Google und GEMA. Das Ende der Vereinbarung führte dazu, dass alle Videos, die urheberrechtlich geschütztes Material beinhalteten, das über die GEMA hätte lizenziert werden müssen, auf dem Online-Portal gesperrt wurden.

Google sei nun dazu bereit sein, eine bislang nicht genannte Summe pro Videoabruf an die GEMA zu zahlen. YouTube soll die Gema über Abrufzahlen in Kenntnis setzen und dementsprechende Zahlungen leisten. Die Vereinbarung soll nicht nur den herkömmlichen werbefinanzierten Dienst, sondern auch den neuen Subscription Service abdecken. Diesen neuen Service bietet YouTube bereits in den USA an und dieser soll bald auch in Europa starten.

Die Pressemitteilung der GEMA vom 1.11.2016 ist abrufbar unter:

**[https://www.gema.de/aktuelles/gema\\_unterzeichnet\\_vertrag\\_mit\\_youtube\\_meilens\\_tein\\_fuer\\_eine\\_faire\\_verguetung\\_der\\_musikurheber\\_im\\_d/](https://www.gema.de/aktuelles/gema_unterzeichnet_vertrag_mit_youtube_meilens_tein_fuer_eine_faire_verguetung_der_musikurheber_im_d/)**

*Martina Viviane Totz, LL.M.*

## **DE: Lichtbildschutz stellt keine unzulässige Verlängerung des urheberrechtlichen Schutzes gemeinfreier Werke dar**

Die ungenehmigte Anfertigung von Fotografien der im Eigentum eines Museums stehenden Objekte sowie die Veröffentlichung der Fotografien auf der Online-Enzyklopädie „Wikipedia Commons“ unter einer Lizenz, die auch die kommerzielle Nutzung der Fotografien erlaubt, verletzt das Eigentumsrecht des Museums. Das hat die 17. Zivilkammer des Landgerichts Stuttgart mit U. v. 27.09.16 entschieden – Az.: 17 O 690/15.

Im zugrundeliegenden Sachverhalt hatte das Museum Fotografien von Gemälden in Auftrag gegeben und diese in einem Sammelband veröffentlicht. Unter anderem ging es um 17 Gemälde aus der Sammlung des Museums, die zwischen 1660 und 1900 entstanden waren und daher nach dem Urheberrecht als gemeinfrei gelten. Der Wikipedia-Autor hatte die Bilder in dem Sammelband entdeckt, eingescannt und auf die Mediendatenbank „Wikimedia“ des Onlinelexikons Wikipedia hochgeladen und dort für jedermann zur freien – auch kommerziellen beziehungsweise gewerblichen Nutzung – zur Verfügung gestellt.

Zudem hatte der Wikipedia-Autor selbst, unter Verstoß gegen die Nutzungsordnung des Museums, Fotografien von ausgestellten Objekten gefertigt und diese ebenfalls auf „Wikimedia“ hochgeladen. Dabei handelte es sich um antike Vasen oder Münzen, die selbst keinen Urheberschutz mehr beanspruchen können.

Die Museumsbetreiber waren dagegen vorgegangen, weil sie mit den Bedingungen der Wikipedia-Lizenz, die ausdrücklich auch die kommerzielle Verwendung der Bilder gestattet, nicht einverstanden sind. Nach der Veröffentlichung war insbesondere ein Porträt des Komponisten Richard Wagner aus dem Jahr 1862 als Motiv auf Merchandise-Artikeln aufgetaucht.

Das LG Stuttgart entschied nun – wie schon zuvor das Landgericht Berlin in einem ähnlichen Fall – dass die von einem Museumsfotografen aufwändig erstellten Fotografien der Gemälde nach dem Urheberrecht einen eigenständigen Schutz als Lichtbilder genießen. Die Richter argumentierten, mit dem Versuch der originalgetreuen fotografischen Reproduktion etwa eines Gemäldes sei ein ungemein höherer Aufwand verbunden, als mit der Anfertigung gewöhnlicher Fotografien oder von Schnappschüssen. Es sei deshalb kein Grund erkennbar, den sogenannten Gegenstands- oder Reproduktionsfotografien nicht zumindest einen entsprechenden Lichtbildschutz zuzubilligen. Die ungenehmigte Veröffentlichung dieser Fotografien stelle also einen Verstoß gegen den Lichtbildschutz dar.

Die Bedingungen für einen aus dem Eigentumsrecht des Museums abzuleitenden Unterlassungsanspruch mit dem die Anfertigung von solchen Reproduktionsfotografien verboten werden kann, lagen nach Ansicht des Gerichts ebenfalls vor: Die abgebildeten Objekte standen zum Zeitpunkt der Anfertigung der Fotografien im Eigentum des Museums und waren auch nicht frei zugänglich. Auch hatten die Museumsbetreiber keine ausdrückliche Erlaubnis zum Fotografieren erteilt und auch nicht der anschließenden Veröffentlichung auf „Wikipedia Commons“ unter freier Lizenz zugestimmt. Die Museumsbetreiber können also allein darüber entscheiden, wer Fotos von Ausstellungsgegenständen, auch von gemeinfreien Werken, aufnehmen und ins Netz stellen darf – sofern das Museum das Eigentumsrecht an den Gegenständen besitzt.

Die „Wikimedia Foundation“ geht derzeit gegen das Urteil des Landgerichts Berlin vor, das mit seiner Entscheidung vom 31.05.16 die Veröffentlichung eingescannter Reproduktionsfotografien ebenfalls als unzulässig bewertet hatte – Az.: 15 O 428/15. Die Stiftung ist der Auffassung, dass das Museum über den Umweg des Lichtbildschutzes den Urheberschutz gemeinfreier Werke unzulässig verlängere. Die in Frage stehenden Bilder bleiben in der Wikipedia vorerst online – allerdings mit einem Warnhinweis.

Die Entscheidungen des LG Stuttgart vom 27.09.2016 ist abrufbar unter:  
**<http://www.mueller-roessner.net/wp-content/uploads/2016/10/Urteil-Landgericht-Stuttgart-17-O-690-15.pdf>**

Die Entscheidung des LG Berlin vom 31.05.2016 ist abrufbar unter:  
**<http://www.online-und-recht.de/urteile/Reproduktionsfotografien-k%C3%B6nnen-als-Lichtbilder-geschuetzt-sein-Landgericht-Berlin-20160531/>**

*Ingo Beckendorf*

## **DE: „Tagesschau-App“ laut OLG Köln unzulässig**

Das OLG Köln hat mit U. v. 30.09.2016 entschieden, dass die „Tagesschau App“ in der am 15. Juni 2011 abrufbaren Form unzulässig war – Az.: 6 U 188/12. Das Gericht hat den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten untersagt, die App in dieser Form weiter zu verbreiten. Mehrere deutsche Verlage hatten die ARD auf Unterlassung verklagt.

Die Kläger hatten sich darauf berufen, dass die App gegen § 11d Rundfunkstaatsvertrag (RStV) verstoße, der es öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbietern verbietet in Telemedien „nichtsendungsbezogene presseähnliche Angebote“ zu verbreiten. Das Verbot zielt zumindest teilweise darauf ab, Presseverlage vor zu weitgehenden Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten im Internet zu schützen. Nachdem das OLG Köln die Klage zunächst abgewiesen hatte, da der zuständige NDR-Rundfunkrat die Anwendung in einem Telemedienkonzept nicht als presseähnliche eingestuft und daher freigegeben hatte, hatte der BGH festgestellt, dass die Entscheidung des Rundfunkrates für das Berufungsgericht nicht bindend war und hatte dem OLG Köln aufgetragen, eine eigene Prüfung dahingehend durchzuführen, ob das Merkmal der „Presseähnlichkeit“ vorliegt. Der BGH stellte außerdem klar, dass die App nicht durch „stehende“ Texte und Bilder geprägt sein darf, sondern schwerpunktmäßig hörfunk- oder fernsehähnlich gestaltet sein muss.

Bei dieser Prüfung gelangte das OLG Köln nun zu dem Ergebnis, dass das Angebot der App vom 15. Juni 2011 als „presseähnlich“ anzusehen ist. Das Gericht sah die von den Klägern in Papierform vorgelegten Aufzeichnungen des Angebots als ausreichend an, um die vom BGH aufgetragene Überprüfung vornehmen zu können. Die Richter stellten hierbei fest, dass bereits die Startseite der Anwendung, auf die die Nutzer als erstes gelangten, ausschließlich aus Text und Standbildern bestand, worin sich überwiegend Verweise auf Textseiten befanden, von denen einige bebildert waren. Ferner seien auch auf den nachgelagerten Beitragsseiten überwiegend Gestaltungen gegeben gewesen, die sich fast ausnahmslos durch geschlossene Nachrichtentexte hervortaten. Da insofern Texte und Standbilder prägende Hauptelemente der Gestaltung gewesen sein, habe eine Presseähnlichkeit gemäß den Vorgaben des BGH vorgelegen. Die Tagesschau App habe demnach gegen § 11d RStV verstoßen und sei in der am 15. Juni 2011 abrufbaren Form unzulässig gewesen.

Die Pressemitteilung des OLG Köln ist abrufbar unter:

**[http://www.olg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/004\\_zt\\_letztespm\\_archiv\\_zwangs/002\\_archiv/001\\_zt\\_archiv\\_2016/031\\_PM\\_\\_30\\_09\\_2016\\_tagesschau\\_app.pdf](http://www.olg-koeln.nrw.de/behoerde/presse/004_zt_letztespm_archiv_zwangs/002_archiv/001_zt_archiv_2016/031_PM__30_09_2016_tagesschau_app.pdf)**

*Rechtsanwalt Tobias Raab*



## **DE: Keine Befreiung von der Rundfunkpflicht aus religiösen Gründen**

Aus religiösen Gründen kann man sich nicht von der Rundfunkpflicht befreien lassen, denn mit der Erhebung des Rundfunkbeitrags ist kein weltanschauliches Bekenntnis verbunden. Das hat das Verwaltungsgericht (VG) Neustadt mit U. v. 20.09.16 festgestellt – Az.: 5 K 145/15.NW.

Die Erhebung des Rundfunkbeitrages ist schon seit dem 01.01.13 an den Besitz einer Wohnung geknüpft, nicht mehr an das Bereithalten von Empfangsgeräten. Bereits dagegen hatte der Pastor einer freikirchlichen Gemeinde ohne Erfolg geklagt. Als Gründe gab er die Verfassungswidrigkeit der Neuregelung und einen Verstoß gegen seine Gewissensfreiheit an. Die Richter des VG Neustadt hatten diese Klage mit Urteil vom 24.02.15 abgewiesen – Az.: 5 K 713/14.NW. Einen Antrag des Geistlichen auf Zulassung der Berufung gegen dieses Urteil hatte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Rheinland-Pfalz mit Beschluss vom 16.11.15 ebenfalls abgelehnt – Az.: 7 A 10455/15 OVG. Als Begründung führten die OVG-Richter damals an, dass die Erhebung des Rundfunkbeitrags weder gegen den Gleichheitssatz noch gegen die in Artikel 4 Absatz 1 Grundgesetz gewährte Glaubens- und Gewissensfreiheit verstoße.

Im Juni 2014 beantragte der Pastor jedoch erneut die Befreiung von der Rundfunkbeitragspflicht – aus Gewissensgründen. Der Geistliche machte geltend, zahlreiche Programminhalte der öffentlich-rechtlichen Sender seien mit seinen Wertmaßstäben unvereinbar, diese Sendungen wolle er nicht mitfinanzieren. Zu sehen sei zum Großteil ein nicht akzeptabler, gottloser, unmoralischer und zerstörerischer Lebensstil, der nicht vereinbar sei mit biblisch-christlichen Werten. Er stützte seinen Antrag jedoch nicht nur auf religiöse Gründe, sondern auch auf das Vorliegen eines Härtefalls. Seine Familie besitze weder einen Fernseher noch ein Radio. Ihre Informationen würden die Familienmitglieder vor allem über das Internet und über DVDs beziehen. Doch der SWR lehnte den Antrag ab. Nachdem der Pastor auch im Widerspruchsverfahren scheiterte, erhob er Klage vor dem VG Neustadt. Erneut scheiterte er mit seinem Begehren.

Im neuen Urteil beriefen sich die Richter unter anderem auf die OVG-Entscheidung. Die Voraussetzungen für eine Befreiung von der Rundfunkbeitragspflicht liegen danach nicht vor.

Nach Auffassung der Neustadter Richter sei mit dem Rundfunkbeitrag kein weltanschauliches Bekenntnis verbunden. Die Arbeit der öffentlich-rechtlichen Sender sei gerade vom verfassungsrechtlich verankerten Gebot der Vielfaltssicherung und der Programmfreiheit der Rundfunkanstalten geprägt. Die Finanzierungsgarantie diene der Verwirklichung dieser Gebote und gewährleiste die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Eine Gewissensentscheidung befreie außerdem laut Bundesverfassungsgericht nicht grundsätzlich von der Zahlung von Steuern und Abgaben. Angesichts der vorhandenen Programmvietfalt der öffentlich-rechtlichen Sender werde der Kläger auch nicht in Abrede stellen können, dass es auch eine Fülle von Sendungen gebe, die durchaus mit seinen Wertmaßstäben in Einklang zu bringen seien.

Das Urteil ist abrufbar unter:

**<http://www2.mjv.rlp.de/icc/justiz/nav/613/binarywriterservlet?imgUid=6905ff2f-30e7-51d2-f029-922e4e2711ce&uBasVariant=11111111-1111-1111-1111-111111111111>**

*Ingo Beckendorf*

## FR: Gesetz zur Digital-Republik tritt in Kraft

Am 7.10.2016 ist in Frankreich das Gesetz zur Digital-Republik in Kraft getreten. Das Gesetz beinhaltet u. a. eine Modifikation des bisherigen Artikels L. 122-5 des französischen Gesetzes über das geistige Eigentum, durch die nun auch eine begrenzte Panoramafreiheit gegeben ist. Hierdurch können künftig Aufnahmen von architektonischen Bauwerken und Skulpturen, die sich dauerhaft an öffentlichen Straßen befinden und durch natürliche Personen hergestellt und entworfen wurden, legal in Frankreich angefertigt, reproduziert und öffentlich zugänglich gemacht werden, ohne dass hierfür die Genehmigung des Urheberrechtsinhabers einzuholen wäre.

Nachdem sich die Nationalversammlung während des Gesetzgebungsverfahrens nicht damit durchsetzen konnte, die Nutzung der Aufnahmen für „Non-Profit“-Zwecke freizugeben, sind dem Gesetz zufolge künftig alle „kommerzielle Nutzungen“ von der Panoramafreiheit ausgeschlossen. Uneinigkeit besteht jedoch darüber, wann eine „kommerzielle Nutzung“ im Sinne des Gesetzes vorliegt, da weder das Gesetz selbst eine entsprechende Definition bereithält, noch Schlüsse aus den Beratungen des Gesetzgebungsverfahrens gezogen werden können. Aus der InfoSocRL 2001/29/EG ergibt sich eine solche Definition ebenfalls nicht, da die Richtlinie es den Mitgliedstaaten freigestellt, ob sie Panoramafreiheit für die Nutzung von Werken der Baukunst oder Skulpturen einführen wollen, eine Definition einer „kommerziellen Nutzung“ jedoch auch nicht beinhaltet.

Experten befürchten, dass die Unsicherheit darüber, wann eine kommerzielle Nutzung vorliegt, mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen wird, dass Fotografen und Nutzer von der Panoramafreiheit seltener Gebrauch machen und davor zurückschrecken, ihre Fotos auf Webseiten, Blogs oder in sozialen Netzwerken zu teilen. Dies gilt umso mehr, als dass sich aus dem neuen Gesetz auch nicht ergibt, ob die kommerzielle Nutzung lediglich für den Fotografen untersagt ist, oder auch für jeden anderen, also beispielsweise auch Plattformen. Der Grund für diese Rechtsunsicherheit liegt darin, dass viele Internetseiten oder Blogs selbst zwar nicht kommerziell sind, jedoch an Werbeprogrammen teilnehmen. So nutzen viele Blogger eine kostenlose Software (beispielsweise wordpress.com), die sich mit auf kostenlosen Blogs geschalteten Werbeanzeigen finanziert. Zwar profitiert in einem solchen Fall die Plattform von der Werbung und nicht der einzelne Nutzer, nach dem Gesetzeswortlaut kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass auch die indirekte Nutzung der Aufnahmen durch Plattformen oder soziale Netzwerke als „kommerzielle Nutzung“ im Sinne des Gesetzes von der Panoramafreiheit ausgeschlossen sein könnte. Es bleibt insofern abzuwarten, ob die Frage, wann eine kommerzielle Nutzung vorliegt, vom Gesetzgeber oder durch die Gerichte geklärt werden wird.

Das Gesetz kann online abgerufen werden unter:

[https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do;jsessionid=9DEEA6988429DA46913A9B565C110D2C.tpdila14v\\_3?cidTexte=JORFTEXT000033202746&categorieLien=id](https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do;jsessionid=9DEEA6988429DA46913A9B565C110D2C.tpdila14v_3?cidTexte=JORFTEXT000033202746&categorieLien=id)

*Tobias Raab*

## **HR: Recommendations for the protection of children and the safe use of electronic media**

After concluding consultations with stakeholders and the interested public, the Council for Electronic Media has adopted Recommendations for the protection of children and the safe use of electronic media on 8 September 2016.

The document stems from the obligation of developed societies to provide children and adolescents with conditions, which enable them to achieve their full potential. The role of institutions is to help systematically parents and others who take care of children in their daily efforts to provide a secure, supportive and healthy environment for the development of children and young people. Bearing in mind that today this developmental environment is to a large extent shaped by electronic media, the appropriateness of media contents to which children are exposed should be continuously monitored and analysed. The fundamental objective of this document is to provide recommendations for the devising, categorisation and use of media contents in order to provide a better environment for the development of children and adolescents growing up in Croatia.

Children and young people are not mere consumers of media messages nor passive recipients of formative influences, but instead subjects who actively choose media contents and, in transmitting and interpreting them, also create new messages. Therefore, encouraging critical thinking in children and adolescents towards media images of life and the world is just as important as the endeavour to minimise and eliminate inappropriate media contents. The essential prerequisite for creating an autonomous and individual critical attitude in children and adolescents is specifically the development of media literacy, as a set of skills and tools that enable an understanding and analysis of media messages, thus, reducing the risk of accepting contents of socially questionable value in an uncritical manner.

The art of critically reading and interpreting media messages is essential primarily for parents and educators who can then help children and young people develop an open, active and critical attitude towards media and media contents. The increasing of media literacy is also necessary for media professionals, editors and journalists to strengthen their own professional position. This is especially important in terms of the fierce market competition to which media are exposed to today and for the purpose of facilitating recognition of their social importance and responsibility, and thereby the huge impact that media products have on children and young people, as well as on the whole society.

Recommendations for the Protection of Children and the Safe Use of Electronic Media  
<http://www.e-mediji.hr/hr/gradjani/medijska-pismenost/vijece-za-elektronicke-medije-usvojilo-preporuke-za-zastitu-djece-i-sigurno-koristenje-elektronicnih-medija/>

Recommendations for the Protection of Children and the Safe Use of Electronic Media  
<http://www.e-mediji.hr/en/>

*Nives Zvonarić, Agency for Electronic Media (AEM), Zagreb, Croatia*

## **LV: Association condemns criminal proceedings against a journalist**

On 15 November 2016, the Latvian Association of Journalists published an announcement condemning the recently concluded criminal proceedings against a journalist for her investigative journalism activities.

According to publicly available information, in September 2015, the State Police initiated criminal proceedings against a journalist of the public television broadcasting company LTV. The journalist was working for an investigative journalism broadcast “Aizliegtais paņēmiens” (“The Prohibited Manner”). In this broadcast, the journalists generally perform so called journalistic experiments in order to discover illegal or faulty procedures within public institutions or private companies.

In the relevant case the journalist performed an experiment in order to find out the principles on how the main public award of the Republic of Latvia, the “Triju zvaigžņu ordenis” (the Order of Three Stars), is granted. The award is granted by the Chapter of Orders, active under the chancery of the President of the Republic of Latvia. Normally, the Chapter of Orders does not reveal why and following what principles the awards are granted. Within the experiment, the journalist had called various municipalities of Latvia, claiming that she represents the Chapter of Orders, and asking to suggest various candidates to present to the Chapter. Consequently, the journalist had compiled a list of potential candidates, indicating their names and identity codes (as requested by the application procedure) and submitted them to the Chapter of Orders. The aim was to track the further progress of these applications and to see if any of the suggested candidates would receive the award, and if so, to understand why.

However, the Chapter of Orders soon found out about the activities of the journalist, and reported them to the Police. The Police initiated criminal proceedings against the journalist on basis of Section 145 of the Latvian Criminal Law: illegal activities with the personal data of a natural person, if substantial harm is caused thereby. Within the criminal procedure, the Court permitted the police to track the telephone calls of the journalist, and permitted them to acquire her call log. In addition, the police interrogated the journalist as well as her colleagues. As a result, in summer 2016, the criminal procedure was concluded without finding evidence that any crime had occurred.

The LTV and the Latvian Association of Journalists believe that the actions of the Police in the given case were excessive and demonstrate that Latvian judicial authorities lack a proper understanding of the role of a journalist in a democratic society. Although the proceedings were completed without any criminal accusations, the procedure as such interfered with the professional activity of the journalist, and violated the protection and confidentiality of sources (as the police interrogated also the persons to whom the journalist had spoken to during the experiment).

The LTV and their lawyers indicate that the Police could choose less interfering methods to find out whether there are grounds for the complaint against the journalist. For example, the Latvian Criminal Procedure Law provides for an official examination, within which the evidence may be searched, but without directing a criminal procedure against a specific person. The Police in their statement have explained that in this case they had grounds to initiate criminal proceedings, without providing further details of the reasoning.

The case is not fully concluded yet, as the Prosecutor General has ordered to re-examine the legality and grounds for the conclusion of the criminal proceedings.

Announcement by the Latvian Association of Journalists in Latvian language:  
**<http://www.latvijaszurnalisti.lv/raksti/2016/11/15/lza-valdes-pazinojums-par-kriminalprocesu-pret-aizliegta-panemiena-zurnalisti/>**

*Ieva Andersone, LL.M (Cantab.), SORAINEN, Latvia*

## **IE: Bericht zur schädlichen Kommunikation und digitalen Sicherheit vorgelegt**

Die „Irish Law Reform Commission“ hat ihren lang erwarteten Bericht zur schriftlichen Kommunikation und digitalen Sicherheit vorgelegt. Dieser Bericht beinhaltet 32 Reformvorschläge, zu denen auch ein Entwurf für ein Gesetz gegen „schädliche Kommunikation“ und für „digitale Sicherheit“ gehört.

Eine der besagten 32 Empfehlungen beinhaltet den Vorschlag, per Gesetz das Amt eines Kommissars für digitale Sicherheit zu schaffen, wie dies in Australien und Neuseeland bereits geschehen ist. Der Kommissar wäre dafür zuständig, für digitale Sicherheit zu werben, wozu es auch zählen soll, eine wichtige bildungspolitische Rolle zu spielen und Kindern und Jugendlichen ein wünschenswertes digitales Verhalten näherzubringen. Außerdem würde es in den Aufgabenbereich des Kommissars fallen, Regelungen zur Durchsetzung digitaler Sicherheit zu erlassen, durch die national vereinbarte Standards hinsichtlich der Entfernung entsprechender Inhalte näher festgeschrieben werden sollen. Ziel hierbei ist es, dass sich Bürger direkt mit sozialen Netzwerken in Verbindung setzen können, um „schädliche Inhalte“ entfernen zu lassen. Für den Fall, dass sich eine Internetseite nicht an die besagten Standards hält, könnten sich die Bürger dann an den Kommissar für digitale Sicherheit wenden, der soziale Medien anweisen könnte, die Standards anzuwenden. Sollte sich die Internetseite hiernach immer noch weigern, sich rechtskonform zu verhalten, so stünde dem Kommissar dann der Weg zum zuständigen Gericht offen.

Die „Irish Law Reform Commission“ hat außerdem die Einführung zweier neuer Straftatbestände vorgeschlagen, und eine Reform bestehender Straftatbestände angeregt. Die neuen Straftatbestände beziehen sich u.a. auf die Veröffentlichungen intimer Aufnahmen ohne eine entsprechende Einwilligung der abgebildeten Personen (sog. „Rache-Pornos“). Die angeregten Reformen bestehender Straftatbestände befassen sich mit Belästigungen und Droh- bzw. Einschüchterungsnachrichten. So soll sichergestellt werden, dass die einschlägigen Vorschriften die jeweils schwerwiegendsten Formen von Belästigungen im Internet, Stalking oder Einschüchterung, umfassen. Die Kommission bezog sich hierbei außerdem auf eine britische Kampagne, die darauf abzielt, bei der Strafverfolgung dieser Tatbestände dafür zu sorgen, dass die Privatsphäre der Opfer ausreichend geschützt wird. Geschädigte Personen sollen dann selbst entscheiden können, ob sie bei der Strafverfolgung anonym bleiben wollen.

Der Bericht kann online abgerufen werden unter:

**[http://www.lawreform.ie/\\_fileupload/Issues%20Papers/ip6Cybercrime.pdf](http://www.lawreform.ie/_fileupload/Issues%20Papers/ip6Cybercrime.pdf)**

*Tobias Raab*

## **NL: Senat verbietet Zero Rating**

Medienberichten zufolge hat der niederländische Senat am 11.10.16 mit großer Mehrheit eine Gesetzesänderung verabschiedet, die Preisdiskriminierung und damit Zero Rating verbietet. Das Unterhaus des Parlaments hatte das Gesetz bereits im Mai 2016 beschlossen und bekam dabei Rückendeckung vom Wirtschaftsminister.

Unter „Zero Rating“ versteht man dabei die Praxis von Internetdiensteanbietern (ISP), den Zugriff auf ausgewählte Dienste vom monatlichen Transfervolumen auszunehmen. Was auf den ersten Eindruck wie ein Vorteil erscheint – es gibt etwas „gratis“ – hat allerdings erhebliche Auswirkungen: Durch die Bevorzugung einer Anwendung oder einer ganzen Anwendungsklasse werden alle anderen Wettbewerber benachteiligt, die nicht an einem Zero-Rating-Angebot teilnehmen können oder wollen. Damit wird den Netzbetreibern die Rolle eines „Türstehers“ eingeräumt, der frei darüber entscheiden kann, wer in den Genuss einer privilegierten Behandlung kommt, und wer nicht. Auch wird das Prinzip der Netzneutralität untergraben, das eine gleichberechtigte Behandlung aller Datenpakete im Internet vorsieht.

Die im Vorjahr verabschiedete EU-Verordnung zur Netzneutralität hat Zero Rating weder ausdrücklich verboten noch erlaubt. Allerdings hat das Gremium der europäischen Telekom-Regulierer BEREC in seinen Leitlinien festgehalten, dass nationale Regulierungsbehörden in einer Einzelfallbetrachtung bestimmte Angebote verbieten können, sollte es dabei zu Diskriminierungen kommen. Genau dieses verbliebene Schlupfloch wollte nun der niederländische Gesetzgeber schließen und für die Regulierungsbehörde ACM (Authority for Consumers and Markets) einen klaren Rechtsrahmen schaffen.

Genau einen Tag vor der entscheidenden Abstimmung im Senat präsentierte T-Mobile NL mit „Datenfreie Musik“ („Datavrije Muziek“) allerdings ein Angebot, das sich am umstrittenen „Music Freedom“ von T-Mobile USA orientiert. Mobilfunkkunden mit einem Datenvolumen von über sechs Gigabyte können in den Niederlanden nun Musik-Streaming-Dienste, die in das Programm aufgenommen wurden, ohne weiteren Aufschlag nutzen.

Daraufhin haben die ACM-Regulierer umgehend eine Untersuchung des Angebots von T-Mobile NL eingeleitet, deren Ergebnis noch aussteht.

*Ingo Beckendorf*

## **RO: Audiovisual rules for the 2016 parliamentary elections**

On 20 September 2016, the National Audiovisual Council (Consiliul Național al Audiovizualului) adopted a draft decision on the rules for the audiovisual coverage of the electoral campaign for the parliamentary elections, scheduled in Romania on 11 December 2016 (see IRIS 2004-3/33, IRIS 2005-1/34, IRIS 2008-10/27, IRIS 2009-1/29, IRIS 2009-6/28, IRIS 2009-10/24, IRIS 2011-3/29, IRIS 2011-9/31, IRIS 2012-6/30, IRIS 2014-5/27, and IRIS 2014-10/30).

The electoral campaign in audiovisual media starts on 11 November 2016 and ends on 9 December 2016 at 07.00 a.m. local time, 24 hours before the start of the voting. The draft decision is very similar with the previous CNA decisions on presidential, parliamentary, European and local elections held in Romania.

The campaign should serve the following general interests: a) of the electorate, to receive accurate information so they can knowingly vote, b) of the electoral competitors, to make themselves known and to submit platforms, political programmes and electoral offers (Art. 3 (1)). The public and private broadcasters are required to conduct a balanced and fair election campaign for all electoral competitors (Art. 3 (2)).

The private radio and television broadcasters are obliged to communicate to the Council no later than 10 November 2016 their involvement in the campaign, the list of electoral programmes they will perform, and the hours of those programmes broadcast (Art. 4 (1)). The private radio and television stations with national coverage have to offer airtime to electoral competitors proportionally with the airtime offered by the public stations with national coverage (Art. 4 (4)). For the regional and local private stations, the airtime offer to electoral competitors will be proportional to the number of final candidacies in the geographical area covered by the station (Art. 4 (5)). The prices per issue and per unit time of each private radio and television station will be made public and will be the same for all competitors (Art. 4 (6)).

The broadcasters can make and broadcast only the following types of electoral programmes: news bulletins (Monday-Sunday), electoral programmes, in which the competitors can make their electoral offer and activities known (Monday-Friday), electoral debates (Monday-Sunday) (Art. 5 (1)). During the electoral campaign, the candidates and their representative only have access to electoral programmes and electoral debates (Art. 6 (1)). These persons cannot produce, do or moderate broadcasts during the electoral campaign (Art. 6 (2)).

News programmes are subject to mandatory objectivity, fairness and correct information to the public (Art. 7 (1)). Candidates who hold public office may appear in informative programmes only exercising their public function; the facts have to be presented in a balanced and pluralistic manner (Art. 7 (3)).

Broadcasters must ensure that all electoral competitors enjoy fair conditions in terms of freedom of expression, pluralism and fairness of opinions (Art. 8 (1)).

Private broadcasters can broadcast electoral commercials only during the electoral programmes and debates (Art. 10 (1)). Public radio and television services can broadcast electoral commercials during electoral programmes and debates, if they fit in the total airtime granted to electoral competitors (Art. 10 (4)). At the end of commercial breaks of electoral advertisements, informative spots regarding the electoral legislation made available by the Ministry of Internal Affairs and the Permanent Electoral Authority will be inserted, with the agreement of the CAN (Art. 10 (5)).



Broadcasters must enforce the right to rectification or, where appropriate, to reply (Art. 12).

48 hours before voting begins and until the end of voting the following is prohibited: a) presentation of opinion polls, surveys or voxpops made on the street, b) broadcasting of election advertising, c) inviting or presenting candidates and/or representatives of electoral competitors in radio and television broadcasts, d) comments on the campaign, as well as on candidates and electoral competitors (Art. 13).

On Election Day the following is prohibited: a) the activities provisioned in Art. 13, b) the presentation before the end of voting of surveys and exit polls, c) comments on the electoral competitors before the end of voting, d) exhortations to vote or not vote for a candidate or candidates submitted by the electoral competitors (Art. 14).

Broadcasters are obliged to provide the data requested by the CNA control staff with regard to the electoral campaign, under the communicated terms and conditions (Art. 15 (3)). Failure to comply with the Decision shall be sanctioned according to the Audiovisual Law no. 504/2002, with further modifications and completions (Art. 16).

Draft Decision on the rules for the audiovisual coverage of the 2016 electoral campaign for the election of the Chamber of Deputies and of the Senate  
[http://www.cna.ro/IMG/pdf/Proiect\\_Decizie\\_CNA\\_\\_2016\\_alegeri\\_parlamentare.pdf](http://www.cna.ro/IMG/pdf/Proiect_Decizie_CNA__2016_alegeri_parlamentare.pdf)

*Eugen Cojocariu, Radio Romania International*

## **RO: Modification of Audiovisual Law underway**

The Chamber of Deputies (lower Chamber of the Romanian Parliament) tacitly approved two draft laws intended to modify the Audiovisual Law no. 504/2002 with further modifications and completions. The final decision belongs to the Senate (upper Chamber), but the actual Parliament's term will come to an end mid December 2016 and the above mentioned draft laws are not high on the agenda, so there are few chances they will be discussed by the Senate in the present legislature (see inter alia IRIS 2013-6/27, IRIS 2014-1/37, IRIS 2014-1/38, IRIS 2014-2/31, IRIS 2014-6/30, IRIS 2014-7/29, IRIS 2014-9/26, IRIS 2015-8/26, IRIS 2015-10/27, IRIS 2016-2/26, IRIS 2016-3/27).

The Chamber of Deputies tacitly adopted on 15 June 2016 the Draft Law on the repealing of the Article 29<sup>1</sup> of the Audiovisual Law no. 504/2002. The Art. 29<sup>1</sup> refers to the possibility of the beneficiaries to buy television advertisement slots from the broadcaster directly or through an intermediary (agency or administration).

The initiators argued that after the modification of the Audiovisual Law through the Government Emergency Decree no. 25/2013, approved with modifications and completions through the Law no. 181/2015, the ads agencies lost significant amounts of money, because the advertisement was bought mainly directly from the broadcasters. Moreover, the state budget would have lost significant revenues from unpaid taxes due to the big contraction of the profits of the ads agencies. Additionally, the initiators considered that the broadcasters continued to report losses, even though their incomes increased through direct ads selling.

On the other hand, the Chamber of Deputies tacitly adopted on 28 June 2016 the Draft Law on the modification and completion of the Law no. 148 of 26 July 2000, on the publicity, as well as of the Audiovisual Law no. 504/2002. According to Art. II of the draft Law, in the Article 29, after paragraph (8) of the Audiovisual Law no. 504/2002, a new paragraph (9) will be inserted, as follows: (9) Audiovisual commercial communications for gambling are prohibited.

The initiators considered that due to the accelerated development of the gambling industry in Romania, the consumers should be better protected in order not to become addicted to the phenomenon. The Romanian legislation is not clear in this matter, therefore it is necessary to regulate strictly any means of promoting this kind of commercial activities, the initiators argued.

Draft Law on the repealing of the Article 29<sup>1</sup> of the Audiovisual Law no. 504/2002 – form adopted by the Chamber of Deputies

**[http://www.cdep.ro/pls/proiecte/docs/2016/cd081\\_16.pdf](http://www.cdep.ro/pls/proiecte/docs/2016/cd081_16.pdf)**

Draft Law on the repealing of the Article 29<sup>1</sup> of the Audiovisual Law no. 504/2002 – explanatory memorandum

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2016/000/80/1/em81.pdf>**

Draft Law on the modification and completion of the Law no. 148 of 26 July 2000, on the publicity, as well as of the Audiovisual Law no. 504/2002 – form adopted by the Chamber of Deputies

**[http://www.cdep.ro/pls/proiecte/docs/2016/cd178\\_16.pdf](http://www.cdep.ro/pls/proiecte/docs/2016/cd178_16.pdf)**

Draft Law on the modification and completion of the Law no. 148 of 26 July 2000, on the publicity, as well as of the Audiovisual Law no. 504/2002 – explanatory memorandum

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2016/100/70/8/em253.pdf>**

Audiovisual Law no. 504/2002 with further modifications and completions  
**[http://www.cna.ro/IMG/pdf/LEGEA\\_504\\_CU\\_ULTIMELE\\_MODIFICARI.pdf](http://www.cna.ro/IMG/pdf/LEGEA_504_CU_ULTIMELE_MODIFICARI.pdf)**

*Eugen Cojocariu, Radio Romania International*

## **RO: Modification of the Cinematography Law**

The President of Romania promulgated the Law no. 110/2016 for the completion of Art. 13 of the Government Decree no. 39/2005 on the Cinematography on 26 May 2016. The draft law, initiated by 63 MPs from almost all the political spectrum, had been approved by the Romanian Senate (upper Chamber of the Romanian Parliament) on 28 October 2015 and by the Chamber of Deputies (lower Chamber) on 10 May 2016 (see IRIS 2003-2/23).

The initiators argued that culture is constantly underfinanced in Romania and that the Government Emergency Decree no. 77/2009 on the organization and operation of gambling repealed the transfer of a percentage of profits of the companies operating in the field of the Film Fund. The Government Emergency Decree no. 77/2009 led to a sharp decrease of the Film Fund, meaning a yearly loss of 1.5 million euros. The Law 110/2016 was intended, according to the initiators, to correct the situation and to restore the financing of the Film Fund with money from businesses that organize and exploit gambling.

According to the new law, in Art. 13 (1) of the Government Decree no. 39/2005 on the Cinematography, approved with modifications and completions through the Law no. 382/3006, with further modifications and completions, a new provision e<sup>1</sup>) was introduced regarding the sources of the Film Fund, which provisions as follows:

e<sup>1</sup>) 2% of the sums collected for the state budget from the firms operating in the field of gambling will be annually directed to the Film Fund, in order to encourage and support the cinema industry. The amount will be transferred until 31 May of the current year for the previous year and it is not subject to regularization according to Art. 66 para. (1) of the Finance Act no. 500/2002, with further modifications and completions.

Art. 66 (1) of the above mentioned Act stipulates that the surplus in the budgets of public institutions financed in a mixed way (own revenues, state budget, special funds) shall be settled at the end of the year with the budgets from which comes their funding, up to the amounts received from those budgets, unless the law provides otherwise.

Draft Law on the completion of art. 13 of the Government Decree no. 39/2005 on Cinematography – form for promulgation

**[http://www.cdep.ro/pls/proiecte/docs/2015/pr765\\_15.pdf](http://www.cdep.ro/pls/proiecte/docs/2015/pr765_15.pdf)**

Draft Law on the completion of art. 13 of the Government Decree no. 39/2005 on Cinematography – explanatory memorandum

**<http://www.cdep.ro/proiecte/2015/700/60/5/em976.pdf>**

Government Decree no. 39/2005 on Cinematography

**<http://legeaz.net/ordonanta-og-39-2005/>**

Government Emergency Decree no. 77/2009 on the organization and operation of gambling

**<http://lege5.ro/Gratuit/gezdmnbshe/ordonanta-de-urgenta-nr-77-2009-privind-organizarea-si-exploatarea-jocurilor-de-noroc>**

*Eugen Cojocariu, Radio Romania International*

## **RO: President challenges the cut of the radio- and TV fee**

On 15 November 2016, the Romanian President *Klaus Iohannis* filed a motion with the Constitutional Court in Romania to declare unconstitutional the Law adopted on 25 October 2016 by the Romanian Chamber of Deputies (Lower chamber of the Parliament). The Law slashes 102 non-fiscal taxes and duties, among them the public radio and TV fees and the Environment Fee. The draft law, introduced by Social Democrats, had been adopted by the Romanian Senate (upper chamber) on 17 October 2016.

The head of state claimed that the law violates the separation of powers and other legal principles governing the relationship between Parliament and the Government, the role of the Government, and the national budget. In a debate on the impact of the elimination of the public radio and TV fees, the President *Iohannis* emphasized that the fees paid by citizens for public radio and television are a guarantee of public broadcasting service. The fee paid by citizens guarantees the editorial independence of the public media, added the President. *Klaus Iohannis* criticized the way in which the bill was rushed through (it was adopted by both Chambers in only two weeks after it was initiated), the fact that the law has a serious budget impact and that there was no public debate regarding this issue. On the other hand, stated the President, the draft law didn't get governmental approval and had no funding sources specified. He specified that he received requests to block the law from international bodies. The European Broadcasting Union (EBU), the Asia-Pacific Broadcasting Union (ABU), the Association of European Journalists (AEJ), the Association for International Broadcasting (AIB), among others, issued letters of support for maintaining the licence fee funding for the Romanian public audiovisual broadcasters. Many journalists professional associations, as well as trade unions and NGOs of Romania issued similar letters. The Council of Europe also issued a media freedom level 2 alert on 26 October 2016.

The sponsor of the law, the head of the Social Democratic Party (PSD), Liviu Dragnea, said that the funding of the two institutions would not be affected, and that their management has to be depoliticized, ensuring editorial independence. The PSD said the President's move is politically motivated. The National Liberal Party has agreed with the elimination of the non-fiscal taxes and duties but supports the idea of keeping the Environment Fee and the Radio-TV fee, even if the Liberals have voted in the Chamber of Deputies in favor of the draft law. In 2015, the licence fee paid by the Romanian households and the firms represented 49.30% of the total revenues of Radio Romania and, respectively, 66.75% of the total incomes of the Romania Television.

The draft Law on cutting some taxes as well as on the modification and completion of more laws – form sent for promulgation – is available in Romanian language at:

**[http://www.cdep.ro/pls/proiecte/docs/2016/pr473\\_16.pdf](http://www.cdep.ro/pls/proiecte/docs/2016/pr473_16.pdf)**

The Romanian Radio Broadcasting Corporation Activity Report for 2015 is available in Romanian language at:

**<http://www.srr.ro/files/CY1923/RAPOARTE/RadioRomania-RAPORTANUAL2015.pdf>**

The Romanian Television Broadcasting Corporation Activity Report for 2015 is available in Romanian language at:

**[http://media.tvrinfo.ro/media-tvr/other/201604/raport-activitate-2015\\_97554500.pdf](http://media.tvrinfo.ro/media-tvr/other/201604/raport-activitate-2015_97554500.pdf)**

*Eugen Cojocariu, Radio Romania International*

## **UK: Massenhafte Datensammelpraktiken von Geheimdiensten nach Bekanntgabe legal – aber auch verhältnismäßig?**

Mit U. v. 17.10.2016 hat das *Investigatory Powers Tribunal* (IPT) entschieden, dass geheimdienstliche Praktiken zur massenhaften Datenverarbeitung mit ihrer öffentlichen Bekanntgabe rechtmäßig im Sinne von Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) geworden sind. Zur Frage der Verhältnismäßigkeit der Praktiken hat der Spruchkörper, der als einziger im Vereinigten Königreich zu einer Entscheidung über Beschwerden gegen verdeckte Ermittlungsmaßnahmen berufen ist, allerdings vorerst keine Entscheidung getroffen.

Die Beschwerde war am 5.6.2015 von einer auf den internationalen Schutz des Rechts auf Privatsphäre spezialisierten Nichtregierungsorganisation eingereicht worden. Sie betrifft zum einen die Erhebung, Nutzung, Speicherung, Bekanntgabe, Aufbewahrung und Löschung von massenhaft angelegten Personendatensätzen (*Bulk Personal Datasets*, BPD) durch Sicherheitsbehörden und Geheimdienste. Zum anderen ging es um die erst später bekannt gewordene Praxis der Geheimdienste *Government Communications Headquarters* (GCHQ) und *Security Service* (MI5), auf der Basis von Section 94 des Telekommunikationsgesetzes 1984 (*Telecommunications Act 1984*, TA) in großem Umfang auf bei den TK-Netzbetreibern gespeicherte Verkehrsdaten (*Bulk Communications Data*, BCD) zuzugreifen. Hinsichtlich des letzteren Beschwerdepunktes hatte der IPT auch zu untersuchen, ob diese Norm hierfür nach nationalem Recht überhaupt als Rechtsgrundlage herangezogen werden darf. Im Übrigen ging es darum, ob die gesetzlichen Regelungen beider Maßnahmen im Sinne von Art. 8 EMRK im Einklang mit dem Recht und verhältnismäßig sind.

Der IPT stellte fest, dass Section 94 TA nach nationalem Recht als Grundlage für den BCD-Zugriff ausreiche. Die für Ermittlungsbefugnisse speziell geschaffenen Gesetze, der *Regulation of Investigatory Powers Act 2000* (RIPA) und der *Data Retention and Investigatory Powers Act 2014* (DRIPA), stellten keine umfassende Regelung dar, die einen Rückgriff auf Section 94 TA ausschlossen.

Hinsichtlich der Prüfung anhand der Vorgaben von Art. 8 EMRK entschied der IPT, dass sowohl die BCD- als auch die BPD-Regelung zunächst nicht im Einklang mit dem Recht standen. Dies habe sich aber geändert, nachdem von Regierungsseite eine entsprechende Bekanntgabe der Praktiken erfolgt sei. Im Fall der BCD-Zugriffe geschah dies in Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Gesetzentwurfs zur Neuregelung geheimdienstlicher Ermittlungsmaßnahmen, der *Investigatory Powers Bill*, und dem Inkrafttreten der „*Section 94 Handling Arrangements*“ am 4.11.2015. Die Existenz der BPD-Praxis wurde von der Regierung im März 2015 in einem Erkenntnisverfahren dem parlamentarischen *Intelligence Security Committee* bekanntgegeben, der dies in seinem Bericht vom 12.3.2015 vermerkte. Seit dem 4.11.2015 bzw. dem 12.3.2015 sind die Maßnahmen nach Auffassung des IPT daher mit Art. 8 EMRK vereinbar – vorbehaltlich der Entscheidung über die Verhältnismäßigkeit. Diese Frage ließ der IPT in seinem Urteil offen. Er begründete dies damit, dass der Unabhängige Begutachter der Terrorismusgesetzgebung (*Independent Reviewer of Terrorism Legislation*) erst nach dem Anhörungstermin einen Bericht (den *Bulk Powers Review*) veröffentlicht habe, in dem er anhand von nachweisbaren Fällen die große Bedeutung von Befugnissen zur Verarbeitung von BCD und BPD zur Feststellung und Abwehr von Bedrohungen des Vereinigten Königreichs und anderer Orte herausgestrichen habe. Den Parteien solle Gelegenheit gegeben werden, zu dem Bericht Stellung zu nehmen, bevor das IPT über die Verhältnismäßigkeit entscheide. Die Frage wurde daher vertagt und soll gemeinsam mit einigen noch offenen unionsrechtlichen Fragen in einer Anhörung im Dezember behandelt werden.

Die Entscheidung des IPT v. 17.10.2016, Nr. IPT/15/110/CH ist auf Englisch abrufbar unter:  
**[http://www.ipt-uk.com/docs/Bulk\\_Data\\_Judgment.pdf](http://www.ipt-uk.com/docs/Bulk_Data_Judgment.pdf)**

*Rechtsanwalt Sebastian Schweda*

## **US: Changes in the Digital Millenium Act**

On 28 October 2016, the US Copyright Office issued a ruling that security researchers may circumvent technological measures that control access to copyrighted works if it is done in good faith, in furtherance of a controlled research, and on a consumer device. The ruling allows security researchers to investigate and discover security vulnerabilities by reverse engineering or circumventing controls without fear of legal recourse. The ruling provides that such actions do not violate the Digital Millennium Copyright Act (“DMCA”), provided it does not violate other laws such as the Computer Fraud and Abuse Act (CFAA).

Under the ruling, a qualified research environment must meet six main requirements: (1) the computer programme, or any devices on which those programmes run, must be lawfully acquired; (2) during research, the device and computer programme should operate solely for the purpose of good-faith testing, investigation and/or correction of a security flaw or vulnerability; (3) the research must be conducted in a controlled setting designed to avoid harm to individuals or the public; (4) the information derived from the activity is used primarily to promote the security or safety of the class of devices or machines on which the computer programme operates, or those who use such devices or machines; (5) the information is not used or maintained in a manner that facilitates copyright infringement; and (6) the research must not begin before 28 October 2016. It also notes that disclosure of the findings is a factor in determining whether the action was done in good faith, but does not explicitly require it.

The exemption covers all devices or machines primarily designed for use by individual consumers. It cited as examples, toothbrushes, home thermostats, connected appliances, cars, and smart TVs and medical devices that are not connected to humans during research. It also noted, however, that the exemption does not apply to “highly sensitive systems such as nuclear power plants and air traffic control systems.”

The ruling of the US Copyright Office of 28 October 2016 is available at:  
**<https://www.federalregister.gov/documents/2015/10/28/2015-27212/exemption-to-prohibition-on-circumvention-of-copyright-protection-systems-for-access-control>**

*Jonathan Perl, Counsel, Regulatory Affairs, Locus Telecommunications, Inc.*



## Impressum

„Europäisches Medienrecht – der NEWSLETTER“ ist ein Service des Instituts für Europäisches Medienrecht e.V. (EMR)

**Redaktion:**  
**Institut für Europäisches Medienrecht (EMR)**  
**Franz-Mai-Str. 6**  
**D-66121 Saarbrücken**

**Telefon** +49 681 99275 11  
**Fax** +49 681 99275 12  
**Mail** [emr@emr-sb.de](mailto:emr@emr-sb.de)  
**Web** [www.emr-sb.de](http://www.emr-sb.de)

**Verantwortlich: Gianna Iacino, LL.M., wissenschaftliche Mitarbeiterin**  
**Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 01.02.2017**

**Das EMR kann keine Verantwortung für den Inhalt der im Newsletter angegebenen Referenzen (Links) übernehmen.**

**Alle Autoren sind, soweit nicht anderweitig ausgewiesen, Mitarbeiter des Instituts.**

**Wir danken den Mitgliedern des *EMR Media Network* für die Zulieferung der Berichte.**

Übersicht der verwendeten Länderkürzel/Kurzbezeichnungen:

<b>AL: Albanien</b>	<b>AT: Österreich</b>	<b>AU: Australien</b>
<b>BA: Bosnien-Herzegowina</b>	<b>BE: Belgien</b>	<b>BG: Bulgarien</b>
<b>CA: Kanada</b>	<b>CH: Schweiz</b>	<b>CoE: Europarat</b>
<b>CY: Zypern</b>	<b>CZ: Tschechische Republik</b>	<b>DE: Deutschland</b>
<b>DK: Dänemark</b>	<b>EE: Estland</b>	<b>ES: Spanien</b>
<b>EU: Europäische Union</b>	<b>FI: Finnland</b>	<b>FR: Frankreich</b>
<b>GR: Griechenland</b>	<b>HR: Kroatien</b>	<b>HU: Ungarn</b>
<b>IE: Irland</b>	<b>IN: Indien</b>	<b>IS: Island</b>
<b>IT: Italien</b>	<b>LI: Liechtenstein</b>	<b>MA: Marokko</b>
<b>MD: Moldawien</b>	<b>ME: Montenegro</b>	<b>MK: Mazedonien</b>
<b>MT: Malta</b>	<b>NL: Niederlande</b>	<b>NO: Norwegen</b>
<b>LT: Litauen</b>	<b>LU: Luxemburg</b>	<b>LV: Lettland</b>
<b>PL: Polen</b>	<b>PT: Portugal</b>	<b>RO: Rumänien</b>
<b>RS: Serbien</b>	<b>RU: Russland</b>	<b>SE: Schweden</b>
<b>SI: Slowenien</b>	<b>SK: Slowakische Republik</b>	<b>TR: Türkei</b>
<b>UK: Vereinigtes Königreich</b>	<b>UN: Vereinte Nationen</b>	<b>US: Vereinigte Staaten</b>
<b>UZ: Usbekistan</b>		